

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung durch den Bürgermeister
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit (ordnungsgemäße Einberufung, Anwesenheit)
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 5 Information des Bürgermeisters und des Amtes
- 6 Bestätigung des öffentlichen Teiles des Protokolls der letzten Sitzung
- 7 Außerplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2009 auf der HHSt. 0000.4480
- 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 (zur Beschlussfassung)
- 9 Entwurf des Bebauungsplans Nr. 12 der Gemeinde Sanitz-Abstimmung der Planung mit den benachbarten Gemeinden (zur Beschlussfassung)
- 10 Beschluss über die veränderten Beitragssätze für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten ab 1. Januar 2010
- 11 Stellungnahme zur Satzung über die Festsetzung der Einzugsbereiche der allgemein bildenden Schulen auf dem Gebiet des Landkreises Bad Doberan (Zur Beschlussfassung)
- 12 Widerspruch des Bürgermeisters gegen Beschluss GV 07/11/2009 und 07/12/2009 (Stromlieferungsvertrag) (zur Beschlussfassung)
- 13 Beratung und Beschluss zur Vereinbarung zwischen der Gemeinde Steinfeld und der eno als Ersatz für die Erschließungsvereinbarung
- 14 Verschiedenes

kurze Anmerkungen / Erläuterungen:

Es geht um die Sozialversicherungsabgabe für die Entschädigung des Bürgermeisters (ca. 500 Euro pro Monat.). Die Sozialversicherungsabgabe muss rückwirkend seit dem 15.07.2009 gezahlt werden - insgesamt 900 Euro.

Die Satzung wurde ausgiebig im Finanzausschuss beraten, alle offenen Fragen an die Kämmerei wurden geklärt und nun liegt sie zur Beschlussfassung vor.

Für die Bauleitplanung des Sanitzer Wohngebietes "Am Billenhäger Forst" mit Kleinverbrauchermarkt und Lebensmitteldiscounter werden wir als Nachbargemeinde beteiligt.

Die Erhöhung der Anteile der Gemeinde und der Eltern geht auf einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses des LK DBR vom Nov. 2009 zurück. Nun sollen die Anteile für die KITA "Kinderland" und den Hort "Storchennest" ab 01.01.2010 und die darauf folgenden Jahre neu festgelegt werden. Siehe hier: <http://www.steinfeld-online.de/gemeinde/tagesordnung/beitraege.pdf>

Nach der Schulgesetzänderung zum 01.08.2009 sind die Landkreise nunmehr verpflichtet für die allgemein bildenden Schulen auf ihrem Gebiet Einzugsbereiche festzulegen. Bis zum 01.02.2010 hätte man dazu eine Stellungnahme abgeben können (lt. Schreiben des Landkreises an das Amt Carbak vom 21.12.2009). Siehe hier: <http://www.lk-dbr.de/kreistag/satzungen/schulen.html>

Lt. Beschlussvorschlag des Amtes soll die Gemeinde keine Stellung abgeben und das Benehmen herstellen.

In einer Telefonrunde waren die Gemeindevertreter des Steinfelder Kreises und der Liste Steinfeld durch das Amt Carbak zu einem Votum zu einer Eilentscheidung des Bürgermeisters und seines Stellvertreters zur Unterzeichnung eines neuen Stromlieferungsvertrages aufgefordert worden. Hinterher stellte sich heraus, dass weder die Notwendigkeit eines neuen Vertragsabschlusses noch Eilbedürftigkeit bestand. Die Gemeindevertretung bestätigte aus diesem Grund die Vertragsunterzeichnung nicht und wies auf günstigere Anbieter hin. Der Vertrag ist jedoch mit Unterzeichnung durch BM und Stellvertreter nach außen hin rechtskräftig. Eine neue Verhandlung ist nicht mehr möglich. Der Gemeinderat muss nun erneut beraten, wie mit der Angelegenheit umgegangen werden soll. In einer solchen Situation könnten bei einer eventuellen Schädigung der Gemeinde der Bürgermeister und sein Stellvertreter persönlich haftbar gemacht werden.

Diese Vereinbarung war viele Monate beraten worden. Mit dem, durch den Bau- und Dorferneuerungsausschuss erarbeiteten Entwurf liegt nun ein beschlussfähiges Papier vor. Die Frage ist nur, wo das Protokoll und die Einarbeitung des Ausschusses in den Entwurf geblieben sind? In den Sitzungsunterlagen fand sich nichts dergleichen... Der vom Amt zugesandte Entwurf ist der Schnee von gestern.

Nichtöffentliche Teil

- 15 Bestätigung des nichtöffentlichen Teiles des Protokolls der letzten Sitzung
- 16 Bauantrag Az 03229-09-17
- 17 Bauantrag der Gemeinde Steinfeld für Unterstand auf dem Bolzplatz in Fienstorf
- 18 Anfragen und Mitteilungen

Welche Persönlichkeitsrechte bei dem Antrag einer Gebietskörperschaft wie der Gemeinde Steinfeld verletzt werden, erschließt sich nicht wirklich. Warum dieser Antrag also im nicht öffentlichen Teil beraten werden soll ist unklar.

Die Gemeinderäte und der Bürgermeister waren sich im Anschluss an die letzte Gemeinderatsversammlung einig, dass es künftig zu jeder Gemeinderatstagesordnung einen extra Tagesordnungspunkt "Beschlusskontrolle" geben sollte. Man wollte damit endlich einmal den transparenten Überblick schaffen, welche getroffenen Beschlüsse umgesetzt wurden und welche noch offen sind. Jetzt kann man gespannt sein, ob und wie diese gemeinsam vereinbarte Beschlusskontrolle Wirklichkeit werden soll. Einen TOP "Beschlusskontrolle" gibt es jedenfalls nicht, auch die angekündigte EXCEL-Tabelle findet sich nicht in den Unterlagen.